



Newsletter * Newsletter *** Newsletter**

Ausgabe: 01/ 2012

Unter der Kuppel - Bericht aus dem Bundestag

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit Klausurtagungen der Bundestagsfraktion aber auch der SPD-Fraktion begann das Jahr. Gut aufgestellt sind wir auf jeden Fall! Im Bundestag, insbesondere im Haushaltsausschuss begleiten uns weiterhin die Themen „Rettungsschirm“ – der Fiskalpakt, der die Haushaltspolitiken der einzelnen Euro-Staaten enger verzahnen und auch kontrollieren soll, wurde auf von den Regierungschefs beschlossen. Ebenso wird der Vertrag des ESM, des permanenten Rettungsmechanismus, verhandelt. Dieser soll bereits im Sommer 2012 installiert werden. Themen, die im Haushaltsausschuss und im Plenum diskutiert werden müssen.

Und in eigenen Sache – vielleicht haben einige bereits Berichte über mich gelesen, in denen ich mich „beklage“ und „mehr Geld fordere“ – das stimmt nicht – wie so oft: es stimmt nicht alles, was in der Zeitung steht. Auf meiner Homepage habe ich zu diesen Berichten kurz Stellung genommen.

Das finden Sie hier:

<http://www.petra-merkel.de/aktuelles/674-nicht-alles-glauben-was-in-der-zeitung-steht-/>

Mit herzlichen Grüßen

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 15 • 10625 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de

Aus der Fraktion

Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Koalition greift zu kurz

In wenigen Tagen hat Schwarz-Gelb Ende Januar mit seiner Mehrheit das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz (2. FMStG) durch den Deutschen Bundestag gedrückt – eine Eile, die zumindest von der Sache her nicht gerechtfertigt war.

Das Gesetz soll die von den Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes für dieses Jahr vereinbarte stärkere Eigenkapitalunterlegung relevanter europäischer Banken absichern. Dazu werden die Maßnahmen und Instrumente des zum 31. Dezember 2010 ausgelaufenen 1. FMStG / Finanzmarktstabilisierungsgesetz wieder aufgerufen und teilweise sogar noch erweitert.

Der Garantierahmen wird wieder auf 400 Mrd. Euro und die Kreditermächtigung auf 80 Mrd. Euro (davon 10 Mrd. Euro nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses und 30 Mrd. Euro nur unter Zustimmung des Finanzmarktgremiums des Deutschen Bundestages) erhöht. Es wäre sehr gut gewesen, wenn es eine ausreichende und intensive Beratungszeit im Parlament gegeben hätte.

Öffentliche Anhörung im Haushaltsausschuss:

Wir haben am 23. Januar zu diesem Thema auch eine öffentliches Anhörung des Haushaltsausschusses durchgeführt. Stellungnahmen sowie das Protokoll der Anhörung finden Sie auf der Seite des Deutschen Bundestages:

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a08/anhoerungen/2__Finanzmarktstabilisierungsgesetz_Drs__17_8343/index.html

Vorschläge von Regierungskoalition abgelehnt

Die SPD-Bundestagsfraktion hält die Wiederöffnung des FMStG für zwingend erforderlich, ist sie der Auffassung, dass die Koalitionsvorstellungen an entscheidenden Stellen zu kurz greifen. Bei der Neuauflage des FMStG wurde von Seiten der Regierung und der Koalition versäumt, aus den Entwicklungen und neuen Erkenntnissen der letzten Jahre zu lernen und die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion das 2. FMStG in der von der Koalition vorgelegten Form abgelehnt. Ihre Forderungen hat die SPD in verschiedenen Anträgen im federführenden Haushaltsausschuss und in einem Entschließungsantrag zur dritten Gesetzeslesung im Plenum (Drs. 17/8488) formuliert und vorgebracht.

Dazu gehören vor allem:

- Es ist sicherzustellen, dass Banken Hilfsmaßnahmen nur dann beanspruchen können, wenn sie die Kosten dieser Maßnahmen selbst tragen. Steuergelder dürfen nicht nochmals zur Rettung oder Stützung von Banken verwendet werden.

- Es ist sicherzustellen, dass insbesondere Rekapitalisierungsmaßnahmen nicht länger nur freiwillig in Anspruch genommen werden können. Ein Institut, das zusätzlichen Eigenkapitalanforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nicht innerhalb einer angemessenen Frist nachkommt, hat einen Antrag auf Stabilisierungsmaßnahmen zu stellen. Diese Verstärkung von Zwangsmaßnahmen ist zur Sicherung des öffentlichen Gutes der Finanzmarktstabilität geboten, zweckmäßig und angemessen. Sie ist eine wichtige Lehre aus den bislang gewonnenen Erfahrungen.
- Der Regelfall muss sein, dass der Bund über den Finanzmarktstabilisierungsfonds unmittelbares und stimmberechtigtes Aktienkapital oder vergleichbares Kapital erwirbt und dann auch Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung des Geschäftsmodells der begünstigten Bank nimmt.
- Entscheidungen über Stabilisierungsmaßnahmen müssen mit einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle und Beteiligung verbunden werden. Die Kontrolle der begünstigten Unternehmen muss ebenfalls eine stärkere parlamentarische Begleitung erfahren.
- Es ist gesetzlich sicherzustellen, dass eine Bank, die Stabilisierungsmaßnahmen erhält, keine variablen Vergütungen und Boni und keine Dividenden für die Zeit der Maßnahme auszahlen darf.
- Die vorgesehene Befristung auf den 31. Dezember 2012 ist nicht zweckdienlich, da nicht abzusehen ist, ob sich bis dahin die Volatilität der Finanzmärkte beruhigt und die Lage der Kreditinstitute signifikant verbessert hat.

Leider hat Schwarz-Gelb mit seiner Mehrheit all diese Forderungen zurückgewiesen.

EU-Gipfel löst drängende Probleme nicht Schwarz-gelbe Bundesregierung bleibt Antworten auf Euro-Krise schuldig

Aus der SPD-Fraktion: „Die Ergebnisse des EU-Gipfels sind enttäuschend: Der so genannte Fiskalpakt löst keines der drängenden Probleme in der Euro-Zone. Die Bundesregierung drückt sich um die Frage, ob der Euro-Rettungsschirm aufgestockt werden muss. Wachstumsprogramm? Finanztransaktionssteuer? Fehlanzeige.“

Der von Frau Merkel medial aufgebauschte Fiskalpakt leistet keinen Beitrag zur Lösung der drängenden Probleme in der Eurozone. Weder wurde der Pakt bereits unterzeichnet, noch ist in absehbarer Zeit mit einer Ratifizierung in den Mitgliedsländern des Pakts zu rechnen. Für die Europäische Union wird er ohnehin nicht gelten, da Großbritannien und Tschechien nicht mitmachen. Für die Bundeskanzlerin erfüllt er kaum mehr als die Funktion eines Feigenblatts. Ihre eigene Forderung nach einem Klagerecht der Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof hat sie nicht durchsetzen können.

Außerdem drücken sich Kanzlerin Merkel und die schwarz-gelbe Bundesregierung nach wie vor um die Frage, ob der Euro-Rettungsschirm ausreicht oder aufgestockt werden muss. Statt Klarheit zu schaffen, wurden Entscheidungen auf März vertagt. Die Koalition selbst ist sich uneinig und vertritt gegensätzliche Positionen.

Von dem im Vorfeld des Gipfels groß angekündigten Wachstumsprogramm fehlt jede Spur. Die Verabredungen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung gehen über wohlklingende

Absichtserklärungen und vage Prüfaufträge nicht hinaus. Auch das Thema Finanztransaktionssteuer spielt in den Gipfelbeschlüssen keine Rolle. Die schwarz-gelbe Koalition bleibt in der Frage zerstritten. Notwendig ist eine echte Wachstumsstrategie für Europa. Wir brauchen ein Programm der industriellen Erneuerung, das Europa im globalen Wettbewerb als Produktionsstandort und Ausrüster für ein nachhaltiges Wohlstandsmodell positioniert. Wir brauchen die Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte, um Investitionen zu finanzieren und einen Richtungswechsel zur Realwirtschaft einzuleiten. Die Bundesregierung betreibt Feigenblattpolitik und bleibt Antworten auf die entscheidenden Fragen schuldig.“

Konkretes Konzept für den Kampf gegen Korruption

Zum Vorschlag für einen Gesetzestext zur Neuregelung der Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht:

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Integrität der Volksvertreter ist in den vergangenen Jahren stetig geschwunden. Wurden Skandale in der Vergangenheit noch als Einzelfälle wahrgenommen, beschädigen sie heute längst die Gesamtheit der politisch Verantwortlichen. Zugleich gibt es schon seit Jahren internationale Abkommen zur besseren Bekämpfung von Korruption, die endlich auch in deutsches Recht umgesetzt werden müssen. Es führt kein Weg daran vorbei, Bestechung und Bestechlichkeit von Mandatsträgern unter Strafe zu stellen.

[Lesen Sie hier weiter:](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59750,00.html) http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59750,00.html

Diskutieren Sie mit: Zukunftsdialog Online

SPD-Fraktion geht neue Wege der Bürgerbeteiligung

Die Bürgerinnen und Bürger wollen teilhaben an großen Projekten, an politischen Debatten und Beschlüssen. Viele Menschen erwarten angesichts der neuen Kommunikationsmöglichkeiten im Web 2.0, dass Politik transparenter wird und sich für neue Dialog- und Beteiligungsformate öffnet.

Werfen Sie mal einen Blick hinein: <http://zukunftsdialog.spdfraktion.de/>

Im „Projekt Zukunft“ arbeitet die SPD-Fraktion an Lösungen für drängende Modernisierungsfragen unseres Landes. Die Fragen lauten: Wie wollen wir 2020 leben? Was muss dafür in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen getan werden? In ihrem „Projekt Zukunft“ entwickelt die Fraktion gemeinsam mit Experten, Wissenschaftlern und Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Das Ziel ist ein tragfähiges und realisierbares Konzept, das den Weg der Republik bis ans Ende des Jahrzehnts beschreibt. Und einer der Bausteine dazu ist der Zukunftsdialog online.

Um möglichst vielen Menschen das Mitreden und Mitmachen zu ermöglichen, lädt die Fraktion alle Interessierten ein, sich über das Internet direkt an der Projektarbeit zu beteiligen. Damit ist die SPD die modernste und innovativste Fraktion im Deutschen Bundestag. Von diesem Freitag an lässt sich mitreden und mitmachen bei diesen Projekten:

- Gleichstellung/Gleichberechtigung
- Wachstum/Wohlstand/Lebensqualität
- Aktive Ganztagschulen
- Ein Kreativpakt mit der Kreativwirtschaft
- Miteinander der Generationen/Generationengerechtigkeit
- Moderne Infrastruktur

Der gemeinnützige Verein Liquid Democracy hat eine Software namens Adhocracy entwickelt. Auf dieser Plattform lässt sich der Dialog führen: zukunftsdialog.spdfraktion.de

Beteiligen können sich auch Verbände, Interessengemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie erhalten auf Anfrage einen offiziell verifizierten Nutzeraccount, der auf der Plattform entsprechend gekennzeichnet ist.

Untersuchungsausschuss um Rechtsterrorismus

Fraktionsübergreifend haben wir den Einsatz eines Untersuchungsausschusses zum Rechtsextremismus beschlossen. Wir wollen die Ungereimtheiten in der furchtbaren Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) aufklären und Licht ins Behördendunkel bringen. Dazu soll der Ausschuss eng mit den Ländern zusammenarbeiten und die Geflechte zwischen Bundes- und Landesbehörden beleuchten. Die SPD-Fraktion sendet drei Abgeordnete in den Ausschuss: Sebastian Edathy als Vorsitzender, Eva Högl als Obfrau und Sönke Rix.

Mehr dazu finden Sie hier: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59993,00.html

Mehr über den Untersuchungsausschuss auf der Internet Seite des Deutschen Bundestages:

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37607080_kwo5_interview_edathy/index.html

Gedenkstunde im Bundestag Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Am Freitag, den 27. Januar fand im Deutschen Bundestag eine Gedenkveranstaltung anlässlich des Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus statt. Ehrenredner war Marcel Reich-Ranicki.

Mehr darüber können Sie auf der Internetseite des Bundestages lesen:

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37432080_kwo4_gedenkstunde/index.jsp

Bundeswehreinsatz in Afghanistan verlängert – Truppenreduzierung beginnt 2012

Die SPD-Bundestagsfraktion hat der Verlängerung der Bundeswehrebeteiligung am ISAF-Mandat in Afghanistan am 26. Januar 2012 mehrheitlich zugestimmt. Auch ich habe dafür gestimmt. Mit der Truppenreduzierung in zwei Schritten von 5.350 Soldatinnen und Soldaten auf zunächst 4.900 und schließlich 4.400 in diesem Jahr entspricht die Bundesregierung in ihrem Antrag der Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach einem schrittweisen Rückzug bis Ende 2014.

Nach Abzug der Kampftruppen braucht Afghanistan weiterhin besondere Unterstützung

Nachdem die Bundesregierung den Vorschlag der SPD vor zwei Jahren noch als „unrealistisch“ und „gefährlich“ abgestempelt hat, ist sie nun auf den sozialdemokratischen Kurs eingeschwenkt. Auch die internationale Gemeinschaft hat sich darauf verständigt, die Kampftruppen bis Ende 2014 komplett aus Afghanistan zurückzuziehen.

Doch damit wird das internationale und deutsche Engagement am Hindukusch nicht enden. Afghanistan wird auch, wenn deutsche Soldaten nicht mehr an Kampfhandlungen beteiligt sind, noch mindestens bis 2024 besondere Unterstützung brauchen, z. B. wirtschaftlich, politisch, bei der Finanzierung und Ausbildung der Sicherheitskräfte, beim Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur und der Verwaltung. Dieses Engagement hat die internationale Gemeinschaft auf der Afghanistan-Konferenz in Bonn im Dezember 2011 zugesagt.

Durch die traumatischen Erfahrungen der Afghanen nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen in den 90er-Jahren in einem langen Bürgerkrieg, war es wichtig, an die afghanische Bevölkerung das Signal zu senden, dass sie von der internationalen Gemeinschaft von 2015 an nicht im Stich gelassen wird.

Schrittweise übernehmen die Afghanen die Sicherheitsverantwortung

Die Sicherheitsverantwortung wird nun Distrikt für Distrikt seit Juli 2011 bis Ende 2014 in afghanische Hände übergeben. Für eine dauerhafte Stabilisierung Afghanistans ist ein politischer Friedensprozess erforderlich, der alle afghanischen Gruppen inklusive der Taliban einbezieht. Dabei müssen unter anderem folgende Prinzipien gelten: Gewaltverzicht, der Bruch mit dem internationalen Terrorismus und der Respekt für die afghanische Verfassung einschließlich der darin verankerten Menschen- und Frauenrechte.

Regierungsführung verbessern – Korruption bekämpfen

Während sich die Sicherheitslage in Afghanistan im zurückliegenden Jahr leicht verbessert hat, bleibt im Hinblick auf Regierungsführung und Demokratie noch viel zu tun. Nach wie vor spielen Eignung, Befähigung und Leistung bei der Besetzung von Posten eine untergeordnete Rolle. Die Korruption hat weiterhin große Teile des Landes fest im Griff. Können diese Entwicklungen nicht gestoppt werden, drohen Frustration und Enttäuschung in der Bevölkerung anzuwachsen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion begleitet seit vielen Jahren eine eigens eingerichtete Task Force die Entwicklung in Afghanistan und die Politik der Bundesregierung. Sie wird diese Arbeit auch in den kommenden Monaten fortsetzen und darauf achten, ob die Zusagen der Bundesregierung eingehalten werden.

Steinmeier: „Kooperationsverbot ist Blödsinn“

Die SPD-Fraktion will das Grundgesetz ändern, um bessere Bildung durch mehr Kooperation von Bund und Ländern möglich zu machen. „Mehr Bildung geht nicht mit weniger Zusammenarbeit“, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier im Bundestag. Deshalb müsse das so genannte Kooperationsverbot in der Verfassung beseitigt werden.

Die Menschen ärgerten sich, dass Missstände in der Bildung von der Politik zwar besprochen, aber nicht beseitigt würden, sagte Steinmeier am Donnerstag. „Und am wenigsten verstehen sie, dass sich Bund und Länder auch noch gegenseitig verbieten, gemeinsam an der Beseitigung der Missstände zu arbeiten.“

Der Hintergrund: Seit der Föderalismusreform 2006 ist es dem Bund verfassungsrechtlich nicht möglich, die Länder vor allem bei Verbesserungen im Schulsystem durch Finanzhilfen zu unterstützen. Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einem Antrag (Drs. 17/8455) eine Neuregelung im Grundgesetz, die dauerhafte Bildungsinvestitionen des Bundes ermöglicht, ohne die Bildungshoheit der Länder einzuschränken. „Wir wollen mit einem neuen Grundgesetzartikel Finanzhilfen für Bildung zielgenau ermöglichen“, erläuterte der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Swen Schulz. Die Vorschläge werden auch von den SPD-geführten Ländern unterstützt.

Kooperationsverbot war ein Fehler

Steinmeier nannte das Kooperationsverbot, das im Paket der Föderalismusreform beschlossen worden sei, einen Fehler. „Wir haben es mitgetragen, weil wir die Föderalismusreform insgesamt nicht gefährden wollten. Aber ich sage es auch für mich persönlich: Es war falsch, und es muss bereinigt werden.“

Er sei nicht der Meinung, dass Bundespolitik in Bildungsfragen klüger ist als Landespolitik, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende klar. Es gehe auch nicht darum, die Zuständigkeit der Länder in Frage zu stellen. „Beim Kooperationsverbot geht es darum, das wir per Verfassung verbieten, dass Bund und Länder ihre Kräfte bündeln, um objektiv erkannte Probleme in der Bildungslandschaft endlich gemeinsam anzugehen. Das kann nicht der richtige Weg sein.“

Erfolgreiches Ganztagschulprogramm wäre nicht mehr möglich

Steinmeier erinnerte an das erfolgreiche Ganztagschulprogramm, das die SPD-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder ins Leben gerufen hatte und zu einem enormen Ausbauschub bei den Ganztagschulen geführt hatte. Durch mehr Ganztagschulen würden Möglichkeiten für Kinder geschaffen, die auf solchen Schulen besser lernen, aber auch Möglichkeiten für Eltern, die aufgrund eigener Berufstätigkeit auf Ganztagsangebote angewiesen seien.

Heute wären solche Anstöße in der Bildung durch den Bund nicht mehr möglich, kritisierte Steinmeier. „Es sollte niemand damit rechnen, dass Kinder, Eltern oder Lehrer dafür Verständnis aufbringen.“

Steinmeiers Appell: „Lassen Sie uns doch endlich anfangen, über die jeweils besten Lösungen zu reden statt nur über Zuständigkeiten. Wir brauchen keine Fortsetzung des Kompetenzgerangels, sondern mehr Zusammenarbeit und mehr Bildungsinvestitionen.“

Falsche Weichenstellungen

Steuersenkungen oder das geplante Betreuungsgeld seien dagegen die falschen Weichenstellungen, kritisierte Steinmeier mit Blick auf die Vorhaben der schwarz-gelben Koalition. Die SPD-Fraktion fordert

seit langem, das Geld stattdessen in die Bildungsinfrastruktur zu investieren und damit echte Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

„Bildung ist der Schlüssel. Mehr Kooperation und mehr Investitionen – das sind die Instrumente,“ stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende klar. Die Politik könne insgesamt an Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, so Steinmeier, „wenn wir einmal gemeinsam die Kraft hätten, zu sagen: Wir haben uns geirrt, das Kooperationsverbot ist Blödsinn, es muss weg.“

Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken

Die Nachfrage nach ökologisch hergestellten Produkten wächst in Deutschland, in Europa und weltweit. Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher setzen auf eine gesunde und möglichst schadstofffreie Ernährung. Allein im Jahr 2009 stieg die Anzahl der ökologisch bewirtschafteten Betriebe um 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Seit mehr als 20 Jahren ist die ökologische Landwirtschaft ein Erfolgsmodell. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Artenschutz und trägt vor allem zur Erhaltung der Boden- und Wasserqualität bei.

In der ökologischen Lebensmittelwirtschaft und im Ökolandbau in Deutschland sind mittlerweile 180.000 Menschen insbesondere in ländlichen Gebieten beschäftigt. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Rahmenbedingungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene so verbessern, dass die Potenziale des Ökolandbaus und der ökologischen Lebensmittelwirtschaft weiter ausgebaut und die gesellschaftlichen Leistungen der Biolandwirte honoriert werden.

In einem Antrag (Drs. 17/7186), den der Bundestag am 26. Januar debattiert hat, fordert die SPD die Bundesregierung auf, sich bei den Verhandlungen über die Neuausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) für eine dauerhafte Förderung der ökologischen Landwirtschaft im Zuge des sogenannten Greenings einzusetzen. Danach sollen die Direktzahlungen an die Landwirte künftig an ökologische Leistungen gekoppelt sein. Zudem soll die Öffnung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau für andere landwirtschaftliche Produktionsverfahren rückgängig gemacht werden. Wissenschaft und Forschung sind auf die Effizienz ressourcenschonender, ökologischer Anbausysteme sowie artgerechte Tierhaltung auszurichten.

Kultur für alle: SPD gestaltet erstmals Antrag in Leichter Sprache

Die AG Kultur und Medien hat ein Novum vorgestellt, das sofort auf einhellige Zustimmung stieß: Ihr Antrag „Kultur für alle“, der einen barrierefreien Zugang zu Kultur- und Medienangeboten fordert, ist als Pilotprojekt auch in so genannte Leichte Sprache übersetzt worden. Denn jeder soll die Möglichkeit haben, die Inhalte zu verstehen; das betrifft insbesondere ältere Menschen, geistig Behinderte und Menschen, die die deutsche Sprache nicht so gut beherrschen. Unser Bestreben ist es, dass der Bundestag alle seine parlamentarischen Initiativen in Leichte Sprache übersetzen lässt. Denn am demokratischen Prozess soll jeder teilhaben können.

Mit dem Antrag „Kultur für alle – Für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderung zu Kultur, Information und Kommunikation“ (Drs. 17/8485) beschreibt die SPD-Fraktion einmal mehr neue Wege und zeigt, dass sie die modernste Fraktion im Bundestag ist. Er besteht aus dem ersten offiziellen Teil und daran anknüpfend der gleiche Inhalt noch einmal, diesmal aber in Leichter Sprache.

Die Regeln für diese Leichte Sprache wurden von Behindertenverbänden entwickelt; im Zentrum stehen dabei klare und kurze Sätze, pro Satz nur eine Aussage, der Verzicht auf Abkürzungen und Bilder zum weiteren Verständnis. Der Unterschied zwischen der offiziellen Sprache dieses Antrags und der Leichten Sprache lässt sich gut an folgendem Beispiel erkennen. Im Original heißt es: „Die kulturelle und mediale bzw. informationelle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist Grundlage ihrer Selbstverwirklichung, Selbstbestimmung, Mitgestaltung und Mitwirkung dieser Menschen.“

Übersetzt in Leichte Sprache wird in dem Antrag daraus: „Alle Menschen sollen überall mitmachen können. Kultur-Angebote sind wichtig für alle Menschen. Menschen mit Behinderungen brauchen aber barriere-freie Kultur-Angebote.“ Den Antrag samt Übersetzung können Sie in der rechten Spalte herunterladen. Der Antrag ist in einem gemeinsamen Dokument in beiden Fassungen sowohl im Intranet der Fraktion als auch auf der Website zu finden.

Die Idee zu einer Übersetzung stammt von Ulla Schmidt, Mitglied des Begleitgremiums zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und im Ausschuss für Kultur und Medien. Schmidt: „Auch geistig behinderte Menschen interessieren sich für Politik“. Ziel müsse es sein, dass der Bundestag sich parteiübergreifend verpflichtet, wichtige Entscheidungen künftig in Leichte Sprache übersetzen zu lassen. Das sei, so Schmidt, eben nicht nur für Behinderte wichtig, sondern auch für Migrantinnen und Migranten und auch für die immer größer werdende Zahl älterer Menschen.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Zum Inhalt des Antrags: Nur durch den gleichberechtigten Zugang zu kulturellen und medialen Angeboten und barrierefreien Informationen wird der Anspruch der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), Menschen mit Behinderungen uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, eingelöst.

Dabei stehen nicht nur Kultur- und Medieneinrichtungen in öffentlicher Verantwortung in der Pflicht. Auch private Kultur- und Medienunternehmer wie der private Rundfunk sind aufgefordert, gemäß der UN-BRK und dem Behindertengleichstellungsgesetz die Barrierefreiheit ihrer Angebote zu gewährleisten.

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die Länder den 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ratifiziert haben, der für Menschen mit bestimmten Behinderungen eine vollständige Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht vorsieht, bzw. eine Ermäßigung auf ein Drittel des Regelsatzes.

Bislang ist der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-behindertenrechtskonvention der schwarz-gelben Bundesregierung weit davon entfernt, die notwendigen Schritte zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am öffentlichen kulturellen Leben festzuschreiben.

So sieht er nur grundsätzlich vor, bei Ausschreibungen des Bundes im Kultur- und Freizeitbereich die Barrierefreiheit sicherzustellen. Dieser Vorschlag greift jedoch zu kurz: Das geltende Vergaberecht beinhaltet nur die Möglichkeit, Ausschreibungen entsprechend zu gestalten. Verpflichtungen sind daraus nicht abzuleiten. Barrierefreiheit als Voraussetzung für kulturelle und mediale Teilhabe sollte jedoch bei allen Bauvorhaben und Einrichtungen kultureller Infrastruktur von Anfang an mitgedacht und verbindlich verankert werden.

SPD will klare Regeln für Intensivtierhaltung

Die nachgewiesenen Antibiotika-resistenten Krankheitskeime auf Hähnchenfleisch vor wenigen Wochen, haben erneut die Debatte über die Intensivtierhaltung befeuert. Große Teile der Bevölkerung lehnen diese nicht artgerechte Haltung von Nutztieren ab. Der Widerstand ist da besonders groß, wo große Tierhaltungsanlagen bestehen oder geplant sind. Vor allem dort, wo sich Betriebe konzentriert angesiedelt haben, ist der Protest aus Tierschutzgründen, aber auch wegen der Belastung der Umwelt besonders massiv. Doch gleichzeitig bleibt die Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach preislich günstigem Fleisch und Fleischwaren sehr hoch.

Tierschutz in der landwirtschaftlichen Tierhaltung verbessern

Die SPD-Bundestagsfraktion will die gegenwärtige Form der Intensivtierhaltung nicht nur wegen der Akzeptanzprobleme der Bevölkerung, sondern aus Tierschutzgründen auf den Prüfstand stellen. In ihrem Antrag „Klare Regeln für Intensivtierhaltung“ (Drs. 17/6089), den der Bundestag am 26. Januar 2012 im Bundestag beraten hat, sprechen sich die Sozialdemokraten u. a. dafür aus, die Tierschutzstandards anzuheben. Grundlage ist das Tierschutzgesetz, das eine art- und verhaltensgerechte Unterbringung und ausreichende Bewegungsfreiheit in der Tierhaltung fordert. Außerdem verbietet es, Tieren grundlos Schmerzen, Leiden oder Schäden zuzufügen. Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, ein Gesundheitsmonitoring zu unterstützen, das den Gesundheitszustand der Tiere besser erfasst und die Erkenntnisse über Ursache-Wirkungs-Beziehungen verbessert. Außerdem soll ein Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme geschaffen werden. Tierschutzindikatoren sollen entwickelt und ein Tierschutzlabel eingeführt werden. Der Begriff „Intensivtierhaltung“ soll klar definiert werden.

Umweltschutz beachten – kommunale Planungshoheit sichern

Zusätzlich sollen auch die Umweltgesetze angepasst werden, die Böden, Grundwasser und Luft schützen. Die Kommunen sollen durch eine Präzisierung im Baugesetzbuch und durch Regelungen im Bauplanungsrecht Möglichkeiten zur Steuerung und zum Ausschluss von Intensivtierhaltungsanlagen erhalten. Darüber hinaus sollen die Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Anlagen zur Intensivtierhaltung transparenter gestaltet und die Bürgerbeteiligung gestärkt werden.

Koalitionsfraktionen wollen keine Änderung

Während sich diese Erkenntnislage zur Intensivtierhaltung auf Länderebene und auch bei Agrarministerin Ilse Aigner (CSU) langsam durchsetzt, folgen ihr die Koalitionsfraktionen nicht. Statt die politischen Notwendigkeiten anzuerkennen, gehen sie auf Gegenkurs zu ihrer Ministerin und lehnen die konstruktive Diskussion im Agrarausschuss ab.

Termine

**SPD-Mitgliederforum zum Thema Finanzkrise der EU
„Ein solidarisches Europa gegen die Finanzkrise“
9. Februar 2012 um 19.00 Uhr**

Ein solidarisches Europa gegen die Finanzkrise.

Warum wir ein politisches und solidarisches Europa im Kampf gegen die Finanzkrise brauchen.

**am Donnerstag, 9. Februar 2012, 19 Uhr
im BVV-Saal | Rathaus Wilmersdorf**

Es diskutieren:

- **Dagmar Roth-Behrendt**, Europaabgeordnete für Berlin
- **Petra Merkel**, MdB und Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages
- **Dr. Daniela Schwarzer**, Forschungsgruppenleiterin der Forschungsgruppe EU
- Integration, Stiftung Wissenschaft und Politik
- **Moderation:** Andrea Despot, Europäische Akademie und Mitglied des Kreisvorstandes

Robert Drewnicki, Abteilungsvorsitzender der SPD Neu-Westend, organisiert mit meiner Unterstützung ein SPD-Mitgliederforum. Dort wollen wir über mögliche Wege aus der Eurokrise und die Stärkung des politischen Europas diskutieren.

Wenn Sie teilnehmen möchte, melden Sie sich bitte per Mail an petra.merkel@bundestag.de oder telefonisch unter 227 77562 an.

**Ausstellungen – Stolpersteine
Vergessene Nachbarn – Stolpersteine in Charlottenburg-Wilmersdorf**

Die Ausstellung ist noch bis zum 2. März 2012 zu den Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros (montags und dienstags 12 bis 16 Uhr, mittwochs und donnerstags 10 bis 14 Uhr) zu besichtigen. Die Ausstellung verdeutlicht mit Text- und Bilddokumenten das Schicksal einzelner Berliner Juden, deren letzte frei gewählte Wohnadresse sich zum Teil in unmittelbarer Nähe des Wahlkreisbüros befand.